

fälligen Versorgungsgebühren überwiegen werden. Die hiernach in Betracht kommenden Gebühren werden voraussichtlich in den letzten Tagen des Monats Dezember durch die Post ausgezahlt. Bei dieser Zahlung werden gleichzeitig diejenigen Versorgungsgebühren mitüberwiesen, die für Monat Dezember nach den gesetzlichen Bestimmungen unter Berücksichtigung der bisher geleisteten Abschlagszahlungen noch zurückständig sind.

Dresden, 24. Dezbr. (Goldmarkkalkulation) Die in Dresden versammelten mittleren Preisprüfungsstellen treten aus allgemeinen volkswirtschaftlichen Gründen und zur Vereinfachung der Preisüberwachung und Preisprüfung dafür ein, daß Handel und Gewerbe und Landwirtschaft unverzüglich zur reinen Goldmarkkalkulation übergehen. Sie halten es dementsprechend auch für notwendig, daß die Auszeichnung der Warenpreise nur noch in Goldmark geschieht. Die Preisprüfungsstellen begrüßen die Erklärung der Spitzenverbände der deutschen Wirtschaft vom 8. Dezember 1923, nach der alle Zuschläge für Geldwertungsverfahren im Waren- und Geldverkehr bei wertbeständiger Zahlung auszuschalten sind. Da die Währung stabil ist, erklären sie derartige Zuschläge für Preiswucher im Sinne der Preisverordnungsverordnung vom 13. Juli 1923.

Dresden. (Volksparteiliche Kulturfragen) Landtagsabgeordneter Prof. Sidmann (DVP) hat dem Landtage folgende Anfragen eingereicht: 1. Anfrage. Durch eine Verordnung des Volksbildungsministeriums ist eine Anzahl von Lehrbüchern und Lehrbüchern für Geschichte „wegen ihres zum Teil für die Schulen eines republikanischen Staates nicht geeigneten Inhaltes“ verboten worden. Die von dem Verbot betroffenen Lehrbücher sind sämtlich im Unterrichte ausgezeichnet bewährt und werden von den Sachverständigen hoch bewertet. Inwiefern sie für Schulen eines republikanischen Staatswesens ungeeignet sind, hat das Volksbildungsministerium nicht nachgewiesen. Gleichzeitig werden die Lehrerverfassungen der höheren Schulen angewiesen, alle noch im Schulgebrauch befindlichen Lehrbücher, Geschichtslehrbücher und Niederbücher, auch wenn sie in der Verordnung nicht mit aufgeführt sind, einer gewissenhaften Durchsicht daraufhin zu unterziehen, ob sie für republikanische Schulen irgendeine ungeeignet sind. Lehrbücher sollen als ungeeignet befähigt werden, wenn sie Kriegsbilderungen oder Stoffe spezifisch religiösen Inhalts enthalten. Hieraus ergibt sich, daß die Durchsicht nicht nach literarischen oder pädagogischen Gesichtspunkten vorgenommen werden soll, sondern daß gemäß einseitiger parteimäßiger Einstellung den Schülern der Zugang zu den Quellen religiöser und nationaler Kräfte abgeschnitten werden soll. Durch diese Verordnung wird neue Beunruhigung in das Leben der höheren Schule hineingetragen. Besonders muß die Androhung befürchten, nach der die Lehrerverfassung dafür verantwortlich gemacht werden soll, wenn ungeeignete Bücher noch länger im Schulgebrauch belassen werden. Durch das Verbot bewährter Lehrbücher wird zudem nicht nur der Unterricht gefährdet, sondern werden auch die Eltern zu erheblichen Ausgaben genötigt, die sie in einer Zeit, in der die Beschaffung der Schulbücher ohnehin größte Schwierigkeiten bereitet, abliehen. Ist das Volksbildungsministerium bereit, dieses Verbot zurückzuziehen? — 2. Anfrage. Das Volksbildungsministerium hat in letzter Zeit wiederholt bei Befragung von Lehrstühlen der philosophischen Fakultät der Landesuniversität die Vorschläge der Fakultät nicht beachtet. So sind die Berufungen von Prof. Dr. Schneider und Prof. Dr. Sellmann in Widerspruch zu den Vorschlägen der Fakultät erfolgt, und bei Verhandlungen über die Besetzung des Lehrstuhls für Soziologie sind die Vorschläge der Fakultät unberücksichtigt geblieben. Wie begründet die Regierung dies Verfahren, durch das die maßgebende Stelle des Sachverständigen ausschaltet und das Ansehen der Landesuniversität beeinträchtigt wird? Ist die Regierung bereit, bei Berufung von Hochschullehrern das Vorschlagsrecht der Fakultät künftig zu achten? — 3. Anfrage. Auf Grund von § 61 des Finanzausgleichsgesetzes hat das Reichsfinanzministerium der Regierung Reichsmittel zur Verfügung gestellt, die vorzugsweise zur Unterstützung von Privatschulen bestimmt waren. Nachdem zahlreiche angelegene Privatschulen, die um Zuschüsse nachgesucht hatten, bei der Ausschüttung der Reichsmittel übergegangen worden sind, wird die Regierung ersucht, darüber Auskunft zu erteilen, inwieweit an Privatschulen Zuschüsse gewährt worden sind und nach welchen Grundsätzen die Verteilung der Reichsmittel erfolgt ist.

(Die Verminderung der Zahl der bayerischen Ministerien) soll sich in der Weise vollziehen, daß es künftig nur ein Ministerium des Inneren, des Justiz, der Finanzen und des Kultus geben wird. Die nach dem Kriege geschaffenen drei Ministerien für Landwirtschaft, soziale Fürsorge, sowie für Handel und Gewerbe sollen wieder aufgehoben werden. Die Zahl der Abgeordneten soll so stark reduziert werden, daß der Landtag künftig statt 158 nur noch 80 bis allerhöchstens 100 Mitglieder zählt.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

(Stresemann Pariser Gesandter?) Wie der Berliner Korrespondent des „Claires“ berichtet, soll Stresemann die Absicht haben, sich als deutscher Gesandter nach Paris zu begeben.

Berlin, 26. Dezember. Die deutschen Geschäftsträger in Paris und Brüssel haben bei ihrer neuen Weihnachtsbotschaft in Paris und Brüssel vom 24. Dezember die Vorschläge der Reichsregierung für die Herstellung eines *Mobus vivendi* in den besetzten Gebieten näher präzisiert. Wie bereits von Agenzia, Havas und Agence Belgique gemeldet wurde, handelt es sich dabei um die Frage des Wirtschaftsverkehrs des besetzten Gebietes mit den unbesetzten Deutschland und mit dem Auslande, um Geld und Währungsfragen, insbesondere die Errichtung einer rheinisch-westfälischen Notenbank, um Fragen der Rheinschifffahrt und des Eisenbahnverkehrs, sowie endlich um Fragen der allgemeinen Verwaltung und Gesetzgebung. Die beiden Geschäftsträger haben im Anschluß an die Besprechungen die Aufzeichnung über diese Frage überreicht. Der französische Ministerpräsident und ebenso der belgische Außenminister haben versprochen, die Aufzeichnung zu beantworten, nachdem eine Verständigung zwischen Paris und Brüssel und soweit auch andere Mächte beteiligt seien, auch mit diesen erzielt sei.

Frankreich.

Paris, 27. Dezember. (Die Vertreter zu den beiden Sachverständigenausschüssen offiziell ernannt. Die Replo hat gestern nachmittag die Mitglieder der beiden Sachverständigenausschüsse offiziell ernannt. Der erste Ausschuß, dem die Prüfung des deutschen Staatshaushaltes und die Stützung der Mark obliegt, ist wie folgt zusammengesetzt: England: Sir Robert Kinderley, Direktor der Bank von England, Sir Stamp Sekretär der Nobelwerke. — Frankreich: Der Beamter der französischen Hypothekbank Parmentier, Aliz Professor an der Pariser juristischen Fakultät. — Italien: Dr. Berelli Industrieller, der Professor an der Universität von Bologna Flora. — Belgien: Honorat Bankier und Abgeordneter, Francoqui Staatsminister und Vizegouverneur. Der zweite Ausschuß, der mit der Aufspürung der deutschen Auslandsguthaben beauftragt ist, enthält folgende Mitglieder: Vereinigte Staaten: Heinrich Robinson, England: Der frühere Reichskanzler Mac Penna, Frankreich: Athalin Direktor der Bank de Paris, Italien: Dr. Alberti zweiter Generaldirektor des Kredito Italiano, Belgien: Janßen, Direktor der belgischen Nationalbank. Der erste Ausschuß wird sich am 14. Januar versammeln, der zweite Ausschuß am 21. Januar.

Amerika.

Newyork, 24. Dezember. (Dieber zwei Jahre unter russischem Terror, als 2 Monate an der Ruhr.) Der amerikanische Senator La Follette, der sich im Herbst in Deutschland aufhielt, veröffentlicht über seine Reise jetzt Artikel in den amerikanischen Zeitungen, in denen er zur Befreiung des Ruhrgebietes aufführt: Die Befreiung der Ruhr durch Frankreich stellt einen Bruch des Versailler Vertrages dar. Eine wichtige Rolle bei dem Versuche, den Geist der Ruhrbevölkerung zu machen, spielen die Kriegsgesetze, die funktionieren, als wenn eine Armee im Felde stünde. Ihr Verfahren ist über jedes Maß hinaus willkürlich. Es gibt weder ein gesetzliches Beweisverfahren, noch überhaupt eine festgesetzte Verhandlungsweise. Der Wille eines französischen Offiziers entscheidet über das Urteil. Der Terror der Kriegsgesetze wird noch vermehrt durch die Tätigkeit der geheimen Polizei, deren System dasselbe ist, wie das der russischen Tschekas. Liebeswerke aller Art in jeder nur erdenklichen, schändlichen Weise gestört worden, zum Beispiel sind Medikamente für Kinderhospitäler von den französischen Zollbehörden unter mannigfachen Vorwänden zurückgehalten worden. Nicht wird so lange unterwegs angehalten, bis sie ungenießbar geworden ist. Oft sind Ausreise-Erlaubnisse für tuberkulöse, alte oder gebrechliche Leute verweigert worden, obwohl ihnen in einem Sanatorium außerhalb der Ruhr hätte geholfen werden können. In einem von mir persönlich untersuchten Fall hat ein Untergebener den von einem höheren Offizier ausgestellten Schein einfach zerrissen. Als dagegen protestiert wurde, erwiderte ein junger französischer Deutscher: „Diese Deutschen müssen sterben. Sie können sich ja auch daran gewöhnen, im Ruhrgebiet zu sterben.“ Der Verfasser zieht hier auch das Urteil einer Schwedin heran und erklärt: Ich bin in Rußland gewesen und ich bin an der Ruhr gewesen, aber ich sage aufrichtig, daß ich lieber zwei Jahre in Rußland unter Terror und Hungersnot leiden würde als zwei Monate an der Ruhr.

Griechenland.

(Benegielos Rückkehr.) Man erfährt, daß Benegielos sich am 20. Dezember nach Griechenland zurückbegeben wird. Er beabsichtigt, vorübergehend am politischen Leben seines Vaterlandes wieder teilzunehmen.

Ein Weihnachtsgruß des Reichkanzlers Marx.

Berlin, 26. Dez. Der Reichkanzler Dr. Marx richtet durch Radiospruch einen Weihnachtsgruß an das deutsche Volk, indem er zunächst dem Auslande seinen Dank dafür ausspricht, daß es mit der Not des darbenenden deutschen Volkes Verständnis und Mitleid empfindet und noch Kräften zur Linderung der Not in Deutschland beiträgt. Er gedenkt weiter der deutschen Landsleute, die heute noch in Gefängnissen schmachten, weil sie ihr Vaterland nicht verraten wollten, der Beamten und Bürger, die aus ihren Wohnsitzen vertrieben wurden, sowie der Not des deutschen Mittelstandes, der Beamten, Arbeiter und der vielen Erwerbslosen und Kurzarbeiter im unbesetzten Deutschland und besetzten Gebiet. Beamtenabbau und Erschließung neuer Steuerquellen seien die wenig erfreulichen Gaben, die die deutsche Regierung dem Volke auf den Weihnachtstisch lege. Sie seien aber notwendig geworden, wenn der Staat gerettet werden soll. Zu den inneren Maßnahmen aber müsse eine Gesundung der deutschen Verhältnisse von außenher treten. Das deutsche Volk wolle Reparationen leisten nach Maßgabe seiner Kräfte. So lange aber die wirtschaftliche Arbeit unter dem Druck von Bajonetten stehe, so lange könne sie nicht erfolgreich und verdienstbringend gestaltet werden. Seinen Weihnachtsgruß schließt der Kanzler mit folgenden Worten: „Wir haben erneut unseren Willen zu ehrlischer opfervoller Verständigung bekräftigt. Mit uns richten sich die Augen ganz Europas, der ganzen Welt dorthin, wo es sich erweisen muß, ob auch auf der Gegenseite der aufrichtige Wille zur Heilung der durch den Krieg und seine Folgeerscheinungen geschlagenen Wunden lebendig ist. Wir sind ein besiegtes Volk, aber ein großes Volk das leben will, weil es ein Recht auf Leben, Arbeit und Wohlstand hat! Wir erwarten von der Gegenseite das offene ehrliche Wort der Bereitwilligkeit zur Verständigung. Wir erwarten aber vor allem endlich eine Tat der Verständigung. Es geht nicht nur um Deutschlands Not und Schicksal, es geht um den Frieden, um die Ruhe ganz Europas. Wir Deutsche wollen die Zähne zusammenbeißen und uns sagen, daß nur der verloren ist, der sich selbst verloren gibt. Wir wollen und müssen den Mut zum Leben behalten. Wir müssen, ob arm oder reich, zur Tat werden lassen das Wort: Arbeiten und nicht verzweifeln!“

Die Sozialisierung marschiert — rückwärts!

Aus den „Mitteilungen des Deutschen Industrie- und Gewerbeverbandes“.

Die sächsische Regierung legt jetzt dem Landtage einen Gesetzentwurf vor, nach dem die sächsischen staatlichen Stein-, Kohlen- und Braunkohlenwerke, Elektrizitätsüberlandzentralen und Kohlenbaurechte an eine Aktiengesellschaft „Sächsische Werke“ übergehen sollen. Sämtliche Aktien sollen im Besitze des sächsischen Staates bleiben. Damit es mit der Sache ja recht rasch geht, hat sie inzwischen, also noch ehe der Landtag Stellung genommen hat, die Gründung der Aktiengesellschaft bereits durchgeführt. Sie soll, wenn der Landtag nicht zustimmt, rückgängig gemacht werden. Jedenfalls hat man es also ziemlich eilig.

Begründet wird die Vorlage damit, daß auf diesem Wege die Gelder, die zum Ausbau der Werke auf die in Aussicht genommene Leistungsfähigkeit erforderlich seien, leichter beschafft werden könnten, als wenn es sich um rein staatliches Eigentum bei den Werken handele. Das ist natürlich nur Finte. Denn bei den vor noch nicht so langer Zeit ausgelegten Anleihen für die Elektrizitäts- und Kohlenwerke fand eine starke Ueberzeichnung und vorzeitiger Zeichnungsschluß statt. (Wievollst meint die Regierung, daß die Kapitalbesitzer jetzt anderer Meinung sein könnten, nachdem inzwischen bekannt geworden ist, wie der verflozene kommunistische Finanzminister Bötzger mit Staatsgeldern umzuspringen beliebte.) Die Hauptsache, weswegen man die Staatsbetriebe in eine Aktiengesellschaft umzuwandeln beabsichtigt, ist jedenfalls — darüber haben auch die früheren Verhandlungen im Landtage über die staatlichen sogenannten „werbenden“ Unternehmungen keinen Zweifel gelassen — daß auch der verbliebenste Sozialdemokrat und Kommunist inzwischen einsehen gelernt hat, daß die privatkapitalistische Betriebsweise der Bewirtschaftung als staatlicher Betrieb weit überlegen ist, daß diese letztere unsehlbar zum wirtschaftlichen Untergange der Betriebe führt. Nur noch humoristisch kann es wirken, wenn bei Besprechung der Vorlage im Landtage (der Vorlage also, die von der Partei als Regierung selbst eingebracht ist) der Abg. Banghofs als Sprecher der Sozialdemokraten erklärt: „Meine Fraktion wird dem Gesetz zustimmen, ohne den Gedanken preisgegeben, daß sich die kapitalistische Betriebsweise notwendig in eine sozialistische umgestalten muß!“ (Das soll nur das Blamable des ganzen Vorganges für die Partei mildern und die etwa noch gläubigen Genossen beruhigen.) Es ist ein böser Witz der Weltgeschichte, daß ausgerechnet das Sozialisten- und Kommunisten-Paradies Sachsen sich so gänzlich vom Sozialistengebanten abwenden und dafür zum schroffsten Gegenteil, Bewirtschaftung seiner eigenen Betriebe in der Form einer Aktiengesellschaft, also der höchstentwickelten Form privatkapitalistischer Betriebsweise, übergehen muß. Vor wenigen Jahren noch hatte die sächsische Regierung eine besondere Stelle

für S
in Dre
Neben
lischen)
diese U
der sie
er dan
nach
halb,
Bayer
Ausgab
der
leben
den R
ruhig
von de
schung
unheim
war be
Mittel
und
Mensch
Teil,
Jahre
diesem
das ist
Dörfer
vollstän
kommun
Heimat
größte
genären
keine p
gar nicht
5 Jahr
neues
schiffe
gerettet
es: „A
Ba
früh d
sicht, d
Schritte
ler dur
Berlin
Der die
glaubt
Bespre
Poincar
Ruhr in
zu stell
Kontrol
schliche
Erlaich
und
führen.
Die S
D
lung g
für Dr.
abwieser
Der
28)
Grund,
In die
Zustand
dieser en
in den
Last un
G
kann un
schlepp
U
dauernd
9
einem i
D
auf für
einem G
haben.
S
sie vor
Liebe zu
Gärtner
und tro
und sch
Frau
gehabt
wefen.
tuchelt
wohl
war vor
tung gl
nachh.
Friedhol
und den